

Antrag TO 1

Antragsteller: Kreisverband Augsburg

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Änderung der Tagesordnung

Es wird ein Tagesordnungspunkt eingefügt in dem der kommissarische Landesvorstand Stellung nimmt zu den finanziellen Vorgängen um die KAG (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) der Linkspartei.PDS sowie den Rücktritt des Finanzverantwortlichen der ehem. Linkspartei.PDS Karsten Nissen.

Der Tagesordnungspunkt kann nach dem TOP 5 eingefügt werden, muss aber zwingend vor dem Tagesordnungspunkt Wahlen behandelt werden.

Begründung:

Die Mitglieder müssen über diesen Sachverhalt aufgeklärt und umfassend informiert werden, da hier anscheinend auch juristisch relevante Vorgängen zum Schaden der Partei existieren könnten. Auch sind inzwischen in der Öffentlichkeit Artikel dazu aufgetaucht (z.B. Internet: Linke Zeitung).

Bitte an die Antragskommission:

Die Stellungnahme von Karsten Nissen und die Anlagen dazu sollte dem LV ja vorliegen und sollte kopiert und den Delegierten ausgehändigt werden um hier auf einer einheitlichen Grundlage diskutieren zu können.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag TO 2

Antragsteller: Bernd Kudanek – Kreisverband Weiden

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Geschäftsordnungsantrag auf Aussetzung der Delegiertenversammlung

Werte Genossinnen vom kommissarischen Vorstand,

erst mit Entsetzen und dann mit Empörung habe ich den Artikel in LINKEZEITUNG-online über den Rücktritt von Karl Nissen als Landesschatzmeister und die Beweggründe, die ihn dazu gezwungen haben. Seine im Artikel zitierten Beweggründe sind aller Ehren wert! Das Verhalten des kommissarischen Landesvorstands hierzu ist völlig indiskutabel.

Wenn nämlich Eva als Vorsitzende erklärt, sie habe zwar von dem Finanzskandal gewußt aber angenommen, das sei mittlerweile erledigt, dann ist das ein Armutszeichen sondergleichen für eine Vorsitzende und ihre Pflichten als oberste Kontrollinstanz im LV, dito für ihre vormaligen und jetzigen kommissarischen Vorstandskolleginnen, inklusive der bereits vor Kar! zurückgetretenen LandesschatzmeisterInnen. Dass darüber hinaus der gesamte Vorstand uns Mitgliedern den Finanzskandal bis dato verheimlicht hat, von dem wir erst durch die Medien erfahren haben, ist eine zusätzliche Riesensau... - ich mag das Wort nicht voll ausschreiben.

Deshalb stelle ich nachfolgenden Geschäftsordnungsantrag auf Aussetzung der Delegiertenversammlung in Zirndorf::

die für den 15. September geplante Delegiertenversammlung in Zirndorf muß verschoben werden, bis der besagte Finanzskandal inklusive dem beteiligten Personenkreis vollständig und rückhaltlos aufgeklärt ist. Der im LINKEZEITUNG-Artikel angeführte Hinweis aus Vorstandskreisen, bis zum 15. September sei alles aufgeklärt, ist reines Wunschdenken, zumal diese eher unwillige Auskunft offenbar nur an LINKEZEITUNG auf deren Nachfrage undjicht uns Mitglieder gegeben wurde. Im Internet habe ich jedenfalls bis dato nicht den kleinsten Hinweis auf diesen Skandal überhaupt gefunden.

Die neue Gründungsversammlung muß dann in einem zentralen Ort in Bayern mit guter Verkehrsanbindung durch öffentliche Verkehrsmittel anberaumt werden. Das Argument, welches mir ein Vorstandsmitglied wegen Zirndorf entschuldigend mitteilte, daß nämlich die dortige Halle sehr "billig" zu mieten sei, darf kein erneutes Kriterium sein. Bayern ist ein Groß-Flächenland, auch die Delegierten aus den peripheren KV's müssen den Versammlungsort in angemessener Zeit und verkehrsmäßig optima erreichen können. Das muß der Haupt-Kritikpunkt bei der Wahl des Ortes sein!

Weiterhin sind die für den 15. September in Zirndorf vorgesehene Tagesordnung und die Zeiten darin eine einzige Zumutung, die schon fast an vorsätzliche Körperverletzung an den Delegierten grenzt. Will der Vorstand etwa die Verantwortung übernehmen, wenn die aus entfernten KV's per Auto bereits in den frühesten Morgenstunden angereiste Delegierten spätnachts wieder heimfahren und wegen Übermüdung einen Unfall verursachen bzw.

darin verwickelt werden?: Deshalb müssen die Tagesordnungspunkte und die entsprechenden Zeiten unter diesen Gesichtspunkten neu geregelt werden. Notfalls müssen eben 2 oder e Tage für die Gründungsversammlung veranschlagt werden, bei anderen Landesverbänden geht das auch.

Sollte meinem eben vorgestellten Antrag nicht stattgegeben werden, beantrage ich vorsorglich die Absetzung der für Zirndorf vorgesehenen Tagesordnungspunkte "Wahlen des Vorstandes" und "Verabschiedung der Landessatzungen und Geschäftsordnungen", und fordere dafür die konsequente Offenlegung der Fakten zur Spendenpraxis und die Benennung der dafür Verantwortlichen. Unabhängig von diesem vorsorglichen Antrag behalte ich mir bei Nichtanerkennung des Haupt-Änderungsantrags vor, alle notwendigen und möglichen rechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung zu ergreifen.

Wegen Fristenwahrung bis zum 25. August geht mein Änderungsantrag hier per Mail und zusätzlich sende ich ihn noch per Briefpost.

Mit ernstem sozialistischen Gruß

gez. Bernd Kudanek

Delegierter des KV Weiden im LV Bayern DIE LINKE

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag TO 3

Antragsteller: Walter Langer

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Aussetzung des Gründungsparteitages

Als Mitglied beantrage ich die Aussetzung des anberaumten Termins im September in Zirndorf zur Gründung des LV Bayern und eine neue Terminfestlegung nach der Klärung der in meiner Begründung genannten Punkte.

Begründung: die neuesten bekannt gewordenen skandalösen Finanzpraktiken im Zusammenhang mit dem Forum Kommunistischer Arbeitskreis(KAG) und dem GNN-Verlag lassen an meiner Entscheidung, der Partei Die Linke.LV Bayern beigetreten zu sein, stärkste Zweifel aufkommen. Als Sympathisant verfolge ich die Entwicklung der ehemaligen WASG und Die Linke.PDS. Ich glaubte, die zutiefst demokratiefeindlichen, unsozialen, ja menschenverachteten Machenschaften, die bereits führenden verantwortlichen Funktionsträgern(Egerer, Schmalzbauer .) zur Aufgabe ihrer Posten zwangen, seien durch einen damaligen Neuanfang mit dem Anspruch einer transparenten Politik mit basisfunktionierenden Kontrollorganen unter Federführung eines kommissarischen LV auf einem guten Weg, diese Missstände aufzuklären und vor allem für die Zukunft zu verhindern.

Genau das Gegenteil scheint der Fall zu sein, die Wogen und die Wut eines gutgläubigen Genossen schlagen höher denn je. Bis diese Vorfälle nicht bis ins kleinste geklärt und abgearbeitet/geahndet sind darf es keine konstituierende Sitzung geben! Das Vertrauen und das Ansehen in Partei und in einige deren leitenden Funktionäre hat schon immens Schaden gelitten. Es gibt schon genug belastete und vorbestrafte Politiker will sich die Neue Linke mit einer vorschnellen Wahl eventueller Funktionsträger in diese unrühmliche Liste einreihen? Bei mir als Mitglied und höchstwahrscheinlich auch bei vielen der Ideologie zugewandten Wählerinnen und Wähler würde das zum Aufbau einer größeren Distanz bis hin zur eventuellen vollständigen Abkehr führen.

Das Taktieren und die abstoßende Zusammenarbeit mit anderen Parteien, Gewerkschaften oder anderen Gruppierungen zum Zwecke der Machtergreifung und Erhaltung oder zum Erlangen persönlicher Vorteile sollte meine Partei anderen überlassen, andernfalls fühle ich mich nicht mehr darin zuhause.

Also nochmals mein Antrag: Aussetzen des Gründungsparteitags in Zirndorf bis zur Klärung der Vorfälle sowie Neuankündigung eines Termins zur LV-Gründung in einem möglichst zentral, mit Öffentlichen Verkehrsmitteln gut

erreichbaren Ballungsort, genügend eingeplanter Zeit zu Diskussion (kein nur eventuell bestimmten Interessengruppen dienender Schnelldurchlauf) sowie aus diesem Grund der Verzicht auf ausladende Grußworte und Selbstdarstellungen von Parteien, Interessenverbänden oder einzelner Personen.

Dieser Antrag geht vorab als mail an Euch und ich werde ihn schriftlich mit der Post fristgerecht absenden. Nachdem das für mich eine Grundsatzfrage ist, werde ich meine Befürchtungen auch an höhere und höchste Parteispitzen weitergeben. Bayern scheint ein besonders negatives Beispiel zu sein, aber auch etwa in Rheinland Pfalz gibt es Aktivitäten, bei der meiner Meinung nach ein rigoroses Einschreiten der Bundesparteiführung überfällig ist.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag GO 1

Antragsteller: Kreisverband Landshut

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Rederecht Arbeitsgemeinschaften

In Ergänzung des Antrages von Regensburg § 16 (8) möge der Landesparteitag beschließen, dass den Delegierten der Arbeitsgemeinschaften ein mindestens doppelt so langes Rederecht zugestanden wird wie üblich bzw. doppelt so lang wie lt. GO beschlossen.

Begründung:

Da die Delegiertenanzahl beschränkt wird müssen die Arbeitsgemeinschaften genügend Zeit erhalten, ihre Positionen erklären, plausibel machen und vertreten zu können.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag GO 2

Antragsteller: Kreisvorstand Allgäu-Memmingen-Unterallgäu
Kreisvorstand Lindau-Westallgäu

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Wahl bzw. die Bestätigung der Mitglieder der Satzungskommission erfolgt für jede Person in einer eigenen Abstimmung.

Begründung:

Nur durch Einzelwahl können wir eine Satzungskommission bekommen, in der ausschließlich kompetente und integere Personen sind.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag GO 3

Antragsteller: Florian Paul, Horst Vogt, Richard Spieß (KV Regensburg);
Siegfried Stoiber, Renate Dietzen (KV Cham);
Karsten Nissen (KV München)

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Weder Antragsberatungs- noch Satzungskommission haben irgendwelche Empfehlungen zur Annahme oder Ablehnung von Anträgen abzugeben.

Begründung:

Vorschläge von Kommissionen sind Zweifelsohne dafür geeignet, das Abstimmungsverhalten zu beeinflussen und assoziieren außerdem, dass das Gremium in irgendeiner Form besser als andere dafür geeignet wäre, Anträge zu beurteilen. Die Antragsteller sind der Meinung, dass Delegierte Ihre Entscheidung jedoch sehr gut ohne Empfehlungen und souverän treffen können und sollten, anhand der Begründungen und Inhalte der Anträge und eventueller Diskussionen dazu.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag LA 1

Antragsteller: Kommissarischer Landesvorstand

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Die LINKE in Bayern – ein Positionspapier

Am 15.09.07 wird *DIE LINKE* in Bayern gegründet. Nach der erfolgreichen Parteigründung auf Bundesebene und einer Vielzahl von Kreisgründungen wird damit der Parteibildungsprozess auch in Bayern abgeschlossen. Nach dem Gründungsparteitag treten wir in eine neue Phase des Aufbaus der Partei *DIE LINKE* ein. Nun gilt es, den selbstgesteckten Anspruch umzusetzen, dass *DIE LINKE* mehr sein soll als die Addition von Linkspartei und WASG. Wir stehen vor der Aufgabe, *DIE LINKE* in Bayern stark und unüberhörbar zu machen. Dazu bedarf es Initiativen auf vielen Ebenen. Fünf zentrale Bereiche sollen im Rahmen dieses Leitantesrages näher beleuchtet werden:

- *DIE LINKE* als Partei in Bayern aufbauen und weiter entwickeln
- „Partei-Neu-Bildung“: Bildungsarbeit und Parteiaufbau
- Die Öffentlichkeitsarbeit der *LINKEN* in Bayern entwickeln
- Kommunal-, Kreis- und Landtagswahl in Bayern
- Mitgliederwerbung und –förderung als zentrale und integrale Aufgabe

***DIE LINKE* als Partei in Bayern aufbauen und weiter entwickeln**

Nach der Parteigründung auf der Bundesebene muss *Die LINKE* nun von unten entwickelt werden. Über der Diskussion um das Wie und Wohin der neuen Partei, sollte nicht vergessen werden, dass wir bereits hier und heute und nicht erst in Zukunft politisch wirksam werden müssen – **für Arbeit und soziale Gerechtigkeit**. Die Politik der Allparteien-Regierung zeigt den Handlungsbedarf. Daher gilt es Strukturen zu schaffen und Aktivitäten anzustoßen, die beiden Zielen dienen: Fortschrittliche und soziale Politik öffentlich und mehrheitsfähig machen und *Die LINKE* als Partei aufzubauen und in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern. Das wird sicher nicht immer ohne Probleme und Widersprüche gelingen, aber es kann gelingen.

Um den unterschiedlichen Anforderungen auf örtlicher Ebene gerecht zu werden, braucht *Die LINKE* entsprechende Strukturen. Dabei sollten wir darauf achten, dass wir uns nicht in selbst geschaffenen Strukturen verlieren. Die gewählte Struktur muss dazu beitragen, die Partei handlungsfähig zu machen und zu erhalten.

Wer bei uns mitmachen will, muss **einen Ort finden**, wo er/sie sich einbringen kann, sei dies die Kreismitgliederversammlung, sein/ihr Stadtviertel/Ortsverband, seien dies lokale oder überregionale Arbeitsgemeinschaften. All dies darf jedoch nicht in eine Beliebigkeit münden, sondern muss in einen **gemeinsamen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess** eingebunden bleiben, damit Politik gemeinsam entwickelt werden kann. Der zentrale Ort dafür ist die **Kreismitgliederversammlung**. Hier können sich auch die Mitglieder einbringen, die in ihren Arbeits- und Lebensbereichen politisch aktiv sind und wirken, sich aber z.B. in den Ortverbänden/Wahlkreisgruppen, in der Kommunalpolitik oder in den verschiedenen Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften (noch) nicht wieder finden. Dort werden auch die **Delegierten** für die **Landesparteitage** gewählt, also

für das Organ, das die wichtigsten landespolitischen Entscheidungen trifft und die **Landesgremien** wählt.

Kreis- und Landesebene sowie die Arbeitsgemeinschaften, der Jugend- und der Studierendenverband auf Landesebene entwickeln gemeinsam politische Positionen und haben die gemeinsame Aufgabe, *DIE LINKE* weiter aufzubauen. Im **Landesvorstand** werden hierfür **Verantwortlichkeiten** festgelegt, die für die Kreise, AG'en und Verbände als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung stehen.

Die LINKE stärker in der Öffentlichkeit und den sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Initiativen, Organisationen) zu verankern und sie dabei intern zu konsolidieren - hier liegt die **vordringlichste Aufgabe des neuen Landesvorstandes**.

DIE LINKE im Bundestag ist sie seit über einem Jahr Realität und darüber hinaus in den Köpfen vieler Menschen. Das ist eine Verpflichtung aber auch eine Chance. Verpflichtung deshalb, weil Initiativen im Parlament ohne ihre Unterfütterung vor Ort – nicht nur wegen der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse – versanden. Wir sind es, die bspw. die Diskussion um den Mindestlohn, die Rente mit 67, die Kriegseinsätze der Bundeswehr dorthin tragen müssen, wo die Betroffenen sind, und die Alternativen aufzeigen müssen und Möglichkeiten sich gegen diesen Irrsinn zu wehren. Hier können wir viel gewinnen. Der Bundestagswahlkampf hat es gezeigt! Wir müssen die Bundesthemen aus Fraktion und Parteivorstand mit den Landes- und Kommunalthemen verzahnen, auch um die Ausstrahlung der Bundestagsfraktion für unsere politische Arbeit vor Ort zu nutzen.

Dabei gilt es auch, unsere **Kampagnenfähigkeit** (weiter) zu entwickeln, also Themen in koordinierter Form im Rahmen eines kurzen Zeitraums in möglichst allen Orten mit Aktionen, Veröffentlichungen, Infotischen usw. in die Öffentlichkeit zu tragen, wie z.B. bei den Aktionen zum Mindestlohn.

Ein Letztes: **Politik kostet Geld**. Solange die finanzielle Basis der Partei schmal ist, sollte nicht der überwiegende Teil der Mittel in die Organisation innerparteilicher Debatten fließen. *DIE LINKE* will eine Wende zu Arbeit und sozialer Gerechtigkeit. Dazu muss sie verstärkt an die Öffentlichkeit herantreten und dafür benötigen sie materielle Ressourcen. Deshalb ist es eine zentrale politische Aufgabe, das Beitragseinnahmeverfahren und die Verteilung des Beitragsaufkommens auf die Kreisverbände und die Landesebene möglichst fehler- und aufwandsfrei zu organisieren. Eine ordnungsgemäße und transparente Finanzbuchhaltung ist dabei eine Selbstverständlichkeit.

„Partei-Neu-Bildung“: Bildungsarbeit und Parteaufbau

Zum erfolgreichen Parteaufbau gehört eine entwickelte Bildungsarbeit. Diese Bildungsarbeit hat dabei mehrere Aufgaben:

Bildung als „Gegenmacht“ und Immunisierung gegenüber „neoliberalem Dauerfeuer“ der Medien geht davon aus, dass die bloße Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und der Widerstand dagegen auf Dauer nicht ausreichen, die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Es gilt dahinter zu schauen und die Dinge zu durchschauen, um der scheinbaren Alternativlosigkeit dieser neoliberalen Meinungsdominanz nicht hilflos ausgeliefert zu sein und ihr womöglich zu erliegen. "Wenn das Wesen und die Erscheinung der Dinge zusammenfielen, wäre alle Wissenschaft überflüssig." (Karl Marx) Gemäß dieser Maxime besteht die Aufgabe der so gefassten Bildungsarbeit, in erster Linie in Aufklärung und kritischer Aneignung, die zum politischen Handeln befähigen soll.

Angesichts der Heterogenität unserer Partei und ihrer durchaus unterschiedlichen Wurzeln ist Bildungsarbeit ferner immer auch Begegnung und die Möglichkeit der

Entwicklung von solidarischen Formen des Austauschs und der Auseinandersetzung.

Bildungsarbeit kann und soll auch Ideenwerkstatt und Impulsgeber für *DIE LINKE* sein, um die Partei inhaltlich und programmatisch weiter zu entwickeln.

Hierzu sollen im ersten Schritt einige realistische Bildungsbausteine entwickelt und an Wochenenden angeboten werden, z.B.

- Was ist heute „Links“ – eine Positionsbestimmung
- Die Denkschulen der Neokonservativen und Neoliberalen
- Eine kurze Einführung in die Politische Ökonomie
- Die Geschichte der Arbeiterbewegung
- Die Globalisierung und ihre Grenzen

Die Realisierung kann in Zusammenarbeit mit kev, rls und dem WASG-Verein erfolgen.

Öffentlichkeitsarbeit

Wir müssen vor Ort unser politisches Profil schärfen und stärker nach Außen tragen, so dass auch die Medien nicht einfach über uns hinweg sehen können. Dazu ist es notwendig, stärker als bislang an den politischen Brennpunkten präsent zu sein und mit potenziellen Bündnispartnern/innen in **Kontakt** zu kommen. Wir müssen die Diskussion mit den KollegInnen in **Betrieben** und **Gewerkschaft** vorantreiben, wie wir gemeinsam dazu kommen können, die aktuell unerträglichen Zustände zu verändern. Dazu habe wir plausible Vorschläge entwickelt. Dies gilt gleichermaßen für die übrigen **sozialen Bewegungen**. Wir müssen uns in deren Zusammenhänge einbringen und ihnen gleichzeitig in unserer Partei Foren für die Darstellung ihrer Politikansätze bieten.

Bei all dem dürfen wir nicht vergessen, dass wir es in Bayern mit ganz unterschiedlichen Personengruppen zu tun haben, was ihren sozialen Status und auch ihre Bildung betrifft, von denen die meisten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, von der zerstörerischen Politik des Neoliberalismus betroffen sind. Unterschiedliche Politikformen, aber auch ein Verständnis für und eine Akzeptanz **unterschiedlicher Lebensweisen** werden damit zu einer Voraussetzung einer emanzipatorischen Politik. Wir können und müssen voneinander lernen.

Öffentlichkeitsarbeit hat **zwei Zielrichtungen**: Öffentlichkeit über die politischen Ansätze, Lösungsvorschläge und Debatten herstellen, nach **Innen** und nach **Außen**. Neben gut vorbereiteten und beworbenen Veranstaltungen bedarf es dazu effektiver Medien.

Die LINKE muss gewährleisten, dass die **Mitglieder** so gut wie möglich über die Partei und ihre Debatten informiert werden. Mit **regelmäßigen Rundbriefen sowie über die Website** gibt es gute und eingeführte Medien der innerparteilichen Informationspolitik, die ausbaufähig sind und sowohl elektronisch wie postalisch verschickt werden können. Hierfür wollen wir ein festes Redaktionsteam bilden.

Bundespartei und Bundestagsfraktion verfügen ebenfalls über zahlreiche Publikationen, die für die innerparteiliche Information hilfreich sind aber auch als Information für die Öffentlichkeit genutzt werden können und sollten, so z.B. die KLAR.

Die LINKE wird in den bürgerlichen Medien zumeist totgeschwiegen oder verunglimpft. **Gegenöffentlichkeit** muss daher zwingend hergestellt werden, durch eigene Veranstaltungen und professionelle und populäre Informationsmaterialien. Zu wesentlichen politischen Themen, z.B. Rente mit 67, Unternehmenssteuerreform, Kriegseinsätze, Bildungspolitik, Umweltpolitik usw. sollten zentrale **Flugblattvorlagen** erstellt (Vorlagen von der Bundesebene können genutzt werden)

und gedruckt werden – kurz und populär (vergleichbar mit den wirtschaftspolitischen Informationen), in die nach Bedarf mit Infos des verteilenden Kreisverbandes eingedruckt oder einkopiert werden können. Ziel ist, dass so viele Mitglieder wie möglich diese Informationen in ihrem Wohn- und Arbeitsumfeld verteilen. Damit macht *Die LINKE* auch Menschen bekannt – nicht zuletzt im Hinblick auf Kandidaturen bei Wahlen.

Wir haben bei uns eine rege Diskussion und erste viel versprechende Erfahrungen mit der Verbindung von **Partei und Kultur** einerseits und der Entwicklung **einer aktionsorientierten (Gegen-) Öffentlichkeit** (nach Nafroth) andererseits. Diese Formen müssen weiter entwickelt und ausgebaut werden.

In Bayern gibt es eine gewisse **alternative Medienszene**, die wir stärker und systematischer als bisher für unsere Zwecke nutzen sollten. Hierzu sollte ein entsprechendes Konzept entwickelt werden.

Pressearbeit ist vielfach auch persönliche Kontaktarbeit zu Presseleuten. Dies haben wir immer wieder analysiert, aber bisher noch keine praktischen Konsequenzen daraus gezogen. Wir brauchen regelmäßige Gespräche und Kontakte sowie eine Verantwortlichkeit, die entsprechende Kontakte aufbaut, pflegt und der Partei zur Verfügung stellt.

Kommunal-, Kreis- und Landtagswahl in Bayern

Der Kommunalwahlkampf für *DIE LINKE* hat schon begonnen.

Der Kommunalwahlkampf bietet die Chance, Menschen aus Bereichen für die Kandidatur oder einen **UnterstützerInnenkreis** zu gewinnen, zu denen *DIE LINKE* bislang noch keinen entwickelten Zugang hat. *DIE LINKE* braucht kompetente und bekannte KandidatInnen!

Die LINKE bewegt sich in einem Dreieck zwischen Menschen in prekären Lebenslagen, „klassischen“ ArbeitnehmerInnen und aufgeklärtem (linkem) Bürgertum. Hier hat sie ihr größtes WählerInnenpotential, das bei der Bundestagswahl sicher noch nicht ausgeschöpft wurde. Sich nur auf eine der genannten drei Gruppen bzw. ihre Themen zu fokussieren, würde an der gesellschaftlichen und sozialen Realität vorbeiziehen, Möglichkeiten der Veränderung und auch Wahlchancen verspielen.

Der Kommunalwahlkampf bietet Gelegenheit Menschen aus dem Spektrum der Linken bekannt(er) zu machen und damit *DIE LINKE* auch mit Gesichtern in der Öffentlichkeit zu verankern. Zunächst aber haben wir nicht „die Persönlichkeit“, die wir in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen können. Folglich ist es wichtig, unsere Themen in das Zentrum des Wahlkampfes zu stellen, und zwar frech, irritierend und – da es notwendig ist – auch nervig penetrant!

Wahlpolitisches **Alleinstellungsmerkmal** der Partei *Die LINKE* ist, dass sie sich als einzige Partei nicht auf das „kommunalpolitische Machbare“ verpflichten lässt, sondern auch bundespolitisch alles dafür tut, die Spielräume für kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu erweitern. Daher ist es nur logisch **Bundesthemen und Landesthemen** sowie überörtlich bekannte MandatsträgerInnen in den Kommunalwahlkampf einzubinden.

Wir können und müssen auch die Chancen nutzen, die eine Verbindung der Kommunal- und Kreiswahl mit der Landtagswahl bietet. Nach dem Landesparteitag soll möglichst schnell ein Termin zusammen mit VertreterInnen der Kreisverbände stattfinden, auf dem auf dem über eine gemeinsame **Wahlkampagne** für die Kommunal-, Kreis- und Landtagswahl beraten werden soll. Die Bundespartei hat uns hierzu Unterstützung zugesagt.

Die erste Herausforderung wird **die Kampagne zur Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften** werden. Hierzu werden von der Landesebene entsprechende Materialien zur Verfügung gestellt. Eventuell finden im Herbst noch Qualifizierungen mit Nafroth zur aktionsorientierten Öffentlichkeitsarbeit statt, die sowohl für die Unterschriftensammlung als auch für den Kommunalwahlkampf selber hilfreich sind.

Der folgende Schritt ist der **Kommunal- und Kreiswahlkampf** selber, der etwa ab Januar/Februar 2008 in die heiße Phase eintreten wird. Auch wenn der Schwerpunkt der Wahlkampfaktivitäten vor Ort sein wird, ist es wichtig, eine **Web-Plattform** zu schaffen, auf der ein Austausch von Aktionsideen und Wahlkampfangargumentationen stattfinden kann.

Zur Vorbereitung der Landtagswahl stellen wir uns folgenden Zeitplan vor:

15.9.2007	Einbringen und Verabschieden des ggf. modifizierten Leitantrags auf dem Gründungsparteitag der LINKEN in Bayern
Nov./Dez. 2007	Programmkonvent zur Diskussion der bis dahin vorliegenden Programmpapiere
Frühjahr 2008	Landesparteitag zur Verabschiedung des Programms und Aufstellung der Landeslisten

Bis zum Programmkonvent sollten in Arbeitsgruppen Thesen oder Programmmodule zu den wichtigsten Politikfeldern in Arbeitsgruppen erarbeitet werden.

Politikfelder:

- Arbeit und Soziale Gerechtigkeit sowie Wirtschaftspolitik
- Bildungspolitik
- Innenpolitik (umfasst auch: Migration, Asylanten, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus)
- Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik
- Land- und Forstwirtschaft
- Gleichstellungspolitik, Geschlechtergerechtigkeit
- Kulturpolitik
- Haushalts-/Finanzpolitik
- Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz

Mitgliederwerbung und – förderung als zentrale und integrale Aufgabe

Zentrale und integrale Aufgabe der nächsten Zeit ist die Mitgliedergewinnung. Alle unsere Aktivitäten, die Infostände und Aktionen, die Ausstellungen und Kulturveranstaltungen, der Kommunal- und Landtagswahlkampf müssen dafür genutzt werden **DIE LINKE** bekannter zu machen sowie die **Mitgliederzahl erheblich zu steigern**. Das ist möglich und notwendig, soll **DIE LINKE** in Bayern an Attraktivität gewinnen und in Zukunft deutlicher als politische Kraft wahrgenommen werden.

Keine Veröffentlichung sollte ohne **Aufnahmekontaktformular** herausgegeben werden.

In den Kreisen sollten **Interessententreffen** mit (Noch-) Nicht-Mitgliedern durchgeführt werden, um über die Ziele und Positionen sowie die Möglichkeiten zum Mitmachen in der **LINKEN** zu informieren.

Wichtig ist auch die regelmäßige Durchführung von **Neumitgliedertreffen** zur Integration der neu zu uns gekommenen Mitglieder in die Partei und zur Information über die Möglichkeiten des Mitmachens bei uns.

Des weiteren sollten wir eine gezielte Förderung und Unterstützung von Genossinnen und Genossen zur Übernahme von bestimmten Aufgaben und Funktionen in den Kreisen und auf Landesebene entwickeln. Qualifikation und Kompetenz zur Übernahme von Aufgaben und Funktionen fallen nicht vom Himmel und können nicht einfach als gegeben vorausgesetzt werden. Insofern müssen wir uns darum bemühen, sie gezielt zu entwickeln durch z.B.

- spezielle Bildungsangebote (siehe: „Partei-Neu-Bildung“)
- Patenschaften für Genossinnen und Genossen, die neu in Funktionen gewählt worden sind
- Rotationen bei bestimmten Aufgaben, wie z.B. Versammlungsleitung, Wahrnehmung von Außenkontakten usw.
- Sonstiges

Anmerkung: In diesen Leitantrag sind Gedanken eines Positionspapiers des KV München und eines Papiers zur Bildungsarbeit von Thomas Händel eingeflossen.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 1

Antragsteller: Fritz Schmalzbauer / Frank Firsching / Manfred Seel

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

„BAYERN FÜR ALLE“: Für einen solidarischen Gesellschaftsvertrag

Antragsbegehren:

Die bayrischen Eckpunkte für die Kommunal- und Landtagswahlen 2008

1. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Bayern

Die Arbeits- und Lebensverhältnisse großer Teile der bayrischen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren maßgeblich verschlechtert. Besonders in Nord- und Ostbayern sind die Menschen und ihre Gemeinden zunehmend von hoher Arbeitslosigkeit, ungesicherten Arbeitsverhältnissen, ungenügender Versorgung und Infrastruktur (Verkehr, Medizin, Bildungs- und Kultureinrichtungen...) und mangelnder Kaufkraft betroffen.

Der Mehrheit der in Bayern lebenden Bevölkerung steht eine Minderheit gegenüber, die einen enormen Reichtumszuwachs verbucht. Ein kleiner Teil der Bevölkerung glaubt sich von der öffentlichen Infrastruktur unabhängig machen zu können (privates Bildungswesen, private medizinische Einrichtungen sowie kulturelle und geografische Biotope...) oder privilegiert exklusive Projekte (Regionalf Flughäfen, Transrapid, Repräsentationsobjekte...). Bestehende Klassenunterschiede vertiefen sich. Egoistische Interessen der „Reichen“ und ihnen höriger Propagandisten aus Wissenschaft und Medien stehen gegen das Gemeinwohl.

Finanzstarke und international agierende Unternehmen betreiben ohne politisches Korrektiv eine Politik der Arbeitsplatzvernichtung, der Arbeitszeitverlängerung und der Lohndrückerei (AEG, Siemens, Allianz...). Ihre hoch bezahlten Führungen stehen teilweise für Korruption und Steuerhinterziehung. Die Einstellungspraxis vieler Unternehmen erzwingt zunehmend schlecht bezahlte, zeitbegrenzte und tarifvertraglich unregelte Arbeitsverhältnisse und Leiharbeit. Selbst ein konjunktureller Aufschwung kann die sozialen Verwerfungen nicht mehr umkehren. Er wird eher die Spaltung in Arm und Reich auf einem hohen Sockel von Arbeitslosigkeit und schlechter Arbeit vertiefen. Die neue Apartheid (Gesellschaftsspaltung ohne Durchlässigkeit und Chancengleichheit) und ihre obrigkeitstaatliche Beherrschung stehen in krassem Gegensatz zur gern beschworenen „Liberalitas Bavariae“ – leben und leben lassen. Die soziale und ökonomische Lage widerspricht dem Anspruch freiheitlicher, sozial ausgewogener und gesicherter Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern.

Gleichzeitig stehen viele Lebenswelten zum ländlich-idyllischen Bild intakter Gemeinden, Familien und Vereine in Widerspruch. Der regional- und strukturpolitische Schub vergangener Jahrzehnte hat sich auf „Leuchttürme“ verengt, verlangsamt oder ist zum Stillstand gekommen. Die „Wissensgesellschaft“ enttarnt sich zwischenzeitlich als Elitenförderung auf Kosten der notwendigen breiten Volksbildung. Auch der ländliche Raum ist von der vertieften sozialen Spaltung erfasst.

Der Freistaat Bayern hat diesen Prozess durch seine Politik des Verschleuderns öffentlichen Eigentums, der Verringerung der Leistungen für das Gemeinwesen, der Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst maßgeblich mit verursacht. Mit Projekten wie „PPP“ (Public Private Partnership) wird der öffentliche Bereich zusätzlich für die private Aneignung erschlossen (Autobahn München-Augsburg, Stadt Würzburg...). Der Hinweis, in anderen Bundesländern sei es noch schlechter bestellt, entbindet die (noch) herrschende CSU nicht von ihrer Verantwortung. Noch mehr gilt dies für die zu monarchischen Zügen neigende bayrischen Staatsregierung samt ihrer ökonomischen/ideologischen „Dreifaltigkeit“ (Staatskanzlei – hörige Wissenschaft – Finanz- und Industriemonopole). Die herrschende Elite Bayerns gerät zunehmend in den Widerspruch von konservativen Klischees für Sonntagsreden auf Dorffesten einerseits und ihrer neoliberalen Politik als Erfüllungsgehilfe des grenzen- und schrankenlosen Kapitals andererseits.

Rhetorischen Verrenkungen (Originalton Söder: „Raubtierkapitalismus“) unterstreichen das Dilemma der bayrischen Staatsregierung, die nicht nur an strukturellem Einfluss auf global agierende Konzerne verliert, sondern sich bereitwillig deren Diktat unterwirft. Alle sozial- steuer- und haushaltspolitischen Fehlsteuerungen wurden von der bayrischen Staatsregierung mitgetragen oder initiiert (Rente mit 67, Hartz IV, Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden und Personalabbau im öffentlichen Dienst, Steuererhöhungen zu Lasten der Mehrheit und weitere Steuerminderung für Unternehmen und hohe Einkommensbezieher, Verarmung der Gemeinden, Vereine und ehrenamtlichen Initiativen durch eine überzogene und verfehlte Sparpolitik...).

2. Etablierte Parteien im Widerspruch mit den Interessen der bayrischen Bevölkerung

In dieser Situation haben alle herkömmlichen bayrischen Parteien Defizite: Die CSU steckt in der Krise und rückt erklärtermaßen noch weiter nach rechts, die SPD leidet durch die Schröderpolitik und die aktuelle Regierungsbeteiligung an Glaubwürdigkeitsverlust und mangelnder Arbeitnehmerbindung, die Grünen sind trotz ökologischer Erfolgsnischen in der Vergangenheit durch ihre Zustimmung zur Kriegspolitik der Bundesregierung(en) beschädigt. Die FDP ist zu einer nützlichen Agentur zur Durchsetzung egoistischer Interessen „Neureicher“ verkommen, hinter so genannten freien Wählern verstecken sich in der Regel Hilfsagenturen der CSU. Allen etablierten politischen Parteien ist gemein, sich dem neoliberalen Ordnungsmodell von Wirtschaft und Gesellschaft angeschlossen zu haben und für Hartz IV und die zunehmende Gesellschaftsspaltung verantwortlich zu sein. Damit vertieft sich die Kluft zwischen den politischen Parteien und dem (Wahl)-Volk. Die bayrische Politik ist längst nicht mehr durch eine Mehrheit der Wahlberechtigten legitimiert. Im Schatten sozialer Benachteiligungen, dem Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien und mangelhafter Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte finden in Bayern zunehmend rechtsradikale, demokratie- und fremdenfeindliche Bestrebungen Verbreitung.

Da nicht zu erwarten ist, dass die etablierten Parteien in absehbarer Zeit ihr Profil zu Gunsten der Bevölkerungsmehrheit, der Jugendlichen, der abhängig Beschäftigten, der Arbeitssuchenden, der Rentner, der benachteiligten Kinder und ihrer Familien wesentlich ändern, ist eine neue politische Kraft zwingend erforderlich. DIE LINKE hat ihren Platz als politische Plattform der Interessen der Bevölkerungsmehrheit. DIE LINKE steht für ein Bayern ohne Ausgrenzung, ein BAYERN FÜR ALLE.

3. Wir verpflichten uns daher, in den bayrischen Städten, in den Gemeinden und im Land für einen neuen solidarischen Gesellschaftsvertrag einzutreten:

- jede öffentliche Entscheidung dem Maßstab der Menschenwürde, der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Verantwortung und des friedlichen Zusammenlebens zu unterwerfen und in allen Lebenssituationen ein solidarisches Umfeld zu garantieren; in der Bundespolitik auf eine sozial verantwortliche und friedliche Politik hinzuwirken und die Fehlentwicklungen in der Arbeitslosenversicherung (Hartz IV), der Renten- Steuer- Gesundheit- und Bildungspolitik zu korrigieren;
- dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion in den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der Personalbemessung zukommen zu lassen (Tarifvertragliche Löhne/Gehälter, Arbeitszeiten, Personalbemessungen, Aus- und Fortbildung, unbefristete Arbeitsverträge...) und den Schrumpfungsprozess durch Beschäftigung für nützliche allgemeine Aufgaben umzukehren;
- das Gemeinwohl vor private Profitinteressen zu stellen, den lebenswichtigen Gütern Vorrang einzuräumen und sie in der öffentlichen Hand zu bewahren oder zurückzuführen (Wasser, Verkehr, Energie, Bildungseinrichtungen, Rundfunk und Fernsehen, Freizeitanlagen, Infrastruktur für gemeinnützige Vereine, Wälder...);
- allen Bürgern den Zugang und die Nutzung öffentlicher Einrichtungen und Dienste zu ermöglichen und dafür die sozialen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Dies gilt insbesondere für vorschulische Einrichtungen, die Grundbildung, die Aus-, Fort- und Hochschulbildung, für kulturelle Einrichtungen, für das Gesundheitswesen und für die Nutzung und das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln;
- die Menschen durch öffentliche Debatten und Bürgerentscheide und Bürgerhaushalte an wichtigen Weichenstellungen zu beteiligen und sie als Bürger für die Demokratie zurück zu gewinnen;
- rechtsradikalen, demokratie- und fremdenfeindlichen Strömungen im Bündnis mit allen demokratischen Kräften entgegen zu treten;
- als tolerante und offene Gesellschaft den Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Überzeugung, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität Gleichberechtigung menschenwürdige Bildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern;
- alle Einwohner als gleichberechtigte Bürger zu behandeln, Einbürgerung zu erleichtern, Diskriminierungen konsequent entgegenzutreten und allen Erwachsenen herkunftsunabhängig das Wahlrecht zu gewähren;

- die Gleichstellung der Frauen nicht nur auf dem Papier zu fördern, sondern vom Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und -förderung über gleiche Löhne bei gleicher Arbeit, gleiche Personalentwicklung und tatsächliche Frauenförderung bis zur Besetzung von Lehrstühlen auf ganzer Breite durchzusetzen;
- gute, tarifvertraglich abgesicherte Arbeit und sozial verantwortliches unternehmerisches Handeln und betriebliche Ausbildung zu fördern, insbesondere Großkonzerne (Industrie, Finanzwesen, Handel) in Bezug auf steuerliche Beteiligung am Gemeinwesen, Arbeitsplatzsicherung und Ausbildung in die Pflicht zu nehmen; Wirtschaftsförderung gezielt auf nützliche, friedliche Produktionen und Dienstleistungen zu beziehen;
- die bayrische Umwelt zu schützen und zu schonen und für künftige Generationen zu erhalten, den ökologischen Umbau von Produktion und Konsumtion und eine nachhaltige Energiepolitik zu fördern, die auch in Bayern Atomkraft überflüssig macht sowie ökologisch orientierter Land- und Forstwirtschaft Vorrang einzuräumen;
- jungen Menschen durch Chancengleichheit in Bildung und Arbeit eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung und die Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten zu ermöglichen und das Wertesystem des Grundgesetzes (Menschenwürde, Frieden, Persönlichkeitsentfaltung, individuelle Freiheitsrechte, soziale Verpflichtung des Eigentums, Sozialstaat) zum Kern einer zukunftsfähigen Neubestimmung zu machen; in der Bildungspolitik für ein solidarische Bildungsmodell einzutreten, das die gegenwärtige frühe Selektion vermeidet, Berufsschulen und Ganztagschulen aufwertet und ein kritisches Verständnis von politischen, wirtschaftlichen und historischen Vorgängen fördert;
- älteren Mitbürgern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, das sich an ihren Bedürfnissen orientiert;
- schwächere und behinderte Mitbürger entsprechend ihren Bedürfnissen besonders zu fördern;
- neue, gemeinwirtschaftliche Formen der Arbeit, des Wohnens und kommunalen Zusammenlebens zu unterstützen;
- Gesundheit als Vorsorgeaufgabe und öffentliche Verpflichtung flächendeckend zu gewährleisten und dem Trend zur Privatisierung des Gesundheitswesens entgegenzuwirken und umzukehren;
- mit Medien- und Kulturschaffenden für die notwendigen Räume zur freien Entfaltung und Meinungsäußerung zu streiten;
- das vielfältige Engagement von demokratischen Vereinen, Verbänden, sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen zu fördern und ihnen ein Mitbestimmungsrecht in ihren Anliegen einzuräumen;
- die Privatsphäre und persönliche Freiheit der Bürger vor Überwachung, Reglementierung und Datenmissbrauch zu schützen;
- Stadtentwicklung, Raumordnung und Regional- und Strukturpolitik an sozialen Kriterien und ökologischer Notwendigkeit zu orientieren; in der wirtschaftlichen Förderung schwach entwickelter oder krisengeschüttelter Regionen auf Unternehmensansiedelungen zu setzen, die gute Arbeit gewährleisten;

- Haushaltspolitik auf die Maximen sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Zukunftsfähigkeit der auf Arbeit angewiesenen Bevölkerung auszurichten und der Vernachlässigung der Infrastruktur durch eine kurzsichtige und engstirnige Sparpolitik („Sparen um jeden Preis“) entgegenzuwirken; Steuergelder nicht in Prestigeobjekten und Denkmälern für Politiker zu verschleudern; jeder Form der Vermengung öffentlicher und privater Interessen („PPP“) entgegenzutreten.

Wir fordern daher alle bayrischen Gliederungen der Partei DIE LINKE, gleich gesinnte Kräfte aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirchen, sozialen und kulturellen Einrichtungen und Bewegungen sowie kritische und sozial verantwortliche Stimmen aus anderen demokratischen Parteien auf, den Dialog über eine neue Qualität von Staat und Gesellschaft in Bayern zu führen und auf diesem Hintergrund konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Politik muss in Zukunft die Bedürfnisse der Mehrheit respektieren und in die Tat umsetzen.

**Für soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen:
BAYERN FÜR ALLE!**

Begründung: Erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 2

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft Frieden
und internationale Politik Bayern

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

RESOLUTION

Kriegsbeteiligung in Afghanistan beenden!

Anlässlich der Demonstration am 15.9. in Berlin und der beabsichtigten Verlängerung des Afghanistan - Mandats der Bundeswehr stellt der Gründungsparteitag DIE LINKE. Bayern fest:

1. Die Entsendung von Bundeswehreinheiten, Tornado-Kampfflugzeugen und Spezialtruppen (KSK) hat Deutschland ein weiteres Mal zur Kriegspartei werden lassen. Seit dem völkerrechtlich nicht legitimierten Einsatz im ehemaligen Jugoslawien, der Duldung von logistischen Basen der USA während des Irak-Krieges, der Entführungs- und Geheimdienstflüge auf deutschem Territorium und dem Verkauf von Rüstungsprodukten in Spannungsgebiete wird eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerung betrieben. Auslandseinsätze der Bundeswehr stoßen mehrheitlich auf Ablehnung in der Gesellschaft.
2. Keines der offiziell von den USA und den Interventionsstaaten genannten Ziele hat Aussicht auf Erfolg. Im Gegenteil – das Land zerfällt in rechtsfreie Zonen von Gewalt und Unterdrückung. Tatsächlich sollen hauptsächlich geostrategische Interessen der USA durchgesetzt werden. Es gibt keinen Grund, die Bundeswehr an diesem Vorhaben zu beteiligen.
3. Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Verringerung von Spannungen und der Stabilisierung von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Frieden lässt sich wirkungsvoll durch die Unterstützung humanitärer und sozialer Projekte verwirklichen. Einrichtungen zur Selbstversorgung und Bildung sind für die von Armut und Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung lebenswichtig.
4. Daher fordert der Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. Bayern die Bundesregierung auf, das militärische Engagement in Afghanistan und an anderen Orten sofort zu beenden und durch eine Offensive für humanitäre Projekte zu ersetzen, die mit der betroffenen Bevölkerung abgestimmt sind.

Begründung: Erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 3

Antragsteller: Fritz Schmalzbauer und Kollegen/innen

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Arbeitsteilung Landesvorstand

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Bayern wird aufgefordert, sich in der konstituierenden Sitzung auf eine Arbeitsteilung festzulegen, die es den Mitgliedern ermöglicht, Ansprechpartner/innen für das jeweilige Thema zu haben. Neben der satzungsmäßigen Arbeitsteilung (Kasse, Sprecher/in) sind dabei formale und inhaltliche Schwerpunkte zu bilden:

Mindestanforderungen in formaler Hinsicht:

- Parteientwicklung in den Kreisen, aufgeteilt nach regionalen Ansprechpartnern; Presseverantwortlichkeit;
- Internet;
- Interne Kommunikation;
- Wahlvorbereitung- und Durchführung;
- Verbindung zum Parteivorstand;

Mindestanforderungen inhaltlich:

- Bildungspolitik;
- Regional- und Strukturpolitik/Arbeitsmarktpolitik;
- Gewerkschaften/betriebliche Aktionen/Betriebsräte/Personalräte
- Sozialpolitik;
- Gesundheitspolitik;
- Finanzpolitik/Haushaltspolitik/Steuern;
- Innenpolitik/Freiheitsrechte;
- Rechtsradikalismus/Rechtsentwicklung;

Begründung: Erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 4

Antragsteller: Fritz Schmalzbauer und Kollegen/innen

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Landesvorstand – Tagungen mit den Kreisvorständen

Der Landesvorstand veranstaltet Tagungen mit den Kreisvorsitzenden/Kreisvorständen mit inhaltlichen Schwerpunkten.

Begründung:

Der unmittelbare Kontakt aller Verantwortlichen in der Partei DIE LINKE gewährleistet eine wirkungsvolle Vernetzung zur Verbesserung der Arbeit nach innen und außen.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 5

Antragsteller: Fritz Schmalzbauer und Kollegen/innen

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Landesvorstand – Einbindung von Mandats- und Funktionsträgern

Der Landesvorstand lädt zu seinen Sitzungen und Tagungen grundsätzlich die (bayrischen) Mandats- und Funktionsträger auf Bundes- und Landesebene und für Bayern zuständige Mitarbeiter/innen des Bundes ein. Sie sind in das Kommunikationssystem des Landesvorstandes einzubinden

Begründung:

Funktionsträger (Parteivorstandsmitglieder) und Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene (Bundes- und Landtagsabgeordnete) sollen aktiv in den Willensbildungsprozess der Partei eingebunden sein, wenn sie nicht Mitglied im Landesvorstand sind.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 6

Antragsteller: Fritz Schmalzbauer und Kollegen/innen

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Öffentlichkeitsarbeit – Mitgliederinformationen

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Bayern wird aufgefordert, zeitnah allen Mitgliedern, Sympathisant/innen und der Öffentlichkeit ein umfassendes Bild über die Arbeit des Vorstandes, die Parteientwicklung und die inhaltliche Debatte zu vermitteln. Die dafür zuständigen Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes sind der Mitgliedschaft nach der konstituierenden Sitzung bekannt zu geben.

Internet: Im Internet ist eine zeitnahe Dokumentation über die Kreis-, Landes- und Bundesebene zu gewährleisten. Presseveröffentlichungen und Presseerklärungen sind im Internet unmittelbar darzustellen. In einer parteiöffentlichen Plattform ist zudem der Austausch über die Vorbereitung zu den Kommunal- und Landtagswahlen zu gewährleisten und vom Landesvorstand zu moderieren.

Rundbrief/Kurzinfos: Die Mitglieder der Partei werden zeitnah, spätestens in einem monatlichen Rhythmus, über die wichtigsten Ereignisse aus den Kreisen, im Land (Beschlüsse und Aktivitäten des Landesvorstandes, Hinweise auf Veranstaltungen und inhaltlich wichtige Beiträge, Pressehinweise) und im Bund in elektronischer Form informiert. Die Rundbriefe/Infos werden den Kreisen auch in ausgedruckter Form zugeleitet, damit sie Mitgliedern, die keinen Zugang zu Mailsystemen haben, zur Verfügung gestellt werden können.

Begründung: Erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 7

Antragsteller: Kreisverband Regensburg

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Informationen Wahlkampffinanzierung

Der kommissarische Landesvorstand wird aufgefordert, dem Landesparteitag alle ihm bekannten Informationen zur Wahlkampffinanzierung mitzuteilen. Die Auskunft soll auch folgende Aspekte berücksichtigen:

- Absichten der Bundespartei zur bayerischen Wahlkampffinanzierung.
- Alle eventuellen Vorabsprachen zwischen kommissarischem Landesvorstand und den zuständigen Repräsentanten der Bundespartei.

Der (neu gewählte) Landesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich beim Bundesvorstand - entsprechend der Finanzplanung aus den Kreisen - Mittel aus dem gemeinsamen Wahlkampffond zu beantragen.

Der (neu gewählte) Landesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der in der Finanzordnung genannte Mindestbetrag nicht nur jene Mittel umfasst, die seit der Gründung des Landesverbandes akkumuliert wurden, sondern alle Mittel, die seit Gründung der Bundespartei am 16.7.2007 von bayerischen Mitgliedern entrichtet wurden.

Der (neu gewählte) Landesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Flyer mit bundespolitischen Themen sowie Eindruckplakate nicht aus dem Wahlkampffond, sondern gemäß § 5 der Finanzordnung aus staatlichen Mitteln finanziert werden (also die Geldzahlungen an die Kreise nicht schmälern).

Begründung: Erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 8

Antragsteller: Max Steininger, Tobi Kämpf, Axel Irlbauer, Nicole Gohlke, Colin Turner

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Die Landespartei möge beschließen:

Die Partei DIE LINKE, LV Bayern setzt sich dafür ein, in Zusammenarbeit mit dem KV München: - Die Mobilisierung zu den Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz 2008 zu unterstützen. Das Motto der LINKEN ist dabei „Bundeswehr raus aus Afghanistan“. - In einem möglichst breiten Bündnis zu einer gemeinsamen Demonstration aufzurufen. - einen eigenen Demonstrationsblock unter dem Motto „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ zu organisieren. - Finanzmittel für einen Lautsprecherwagen sowie Transparente und Fahnen/Schilder und Flugblätter zur Verfügung zu stellen.- In Zusammenarbeit mit Linksjugend [solid] eine parteiweite Arbeitsgruppe für Mobilisierung, Bündnisarbeit und Vorbereitung einzurichten. - Als prominenten Redner Oskar Lafontaine darum zu bitten, für die Großdemonstration als Unterstützer und als Redner zur Verfügung zu stehen sowie im gemeinsamen Bündnis für ihn zu werben. - Im Landesverband Bayern sowie darüber hinaus für eine Beteiligung von Nicht-Münchner Genossinnen und Genossen zu werben.

Begründung:

Die Diskussion um den Bundeswehreinsatz in Afghanistan spielt in der Gesellschaft für die nächsten Jahre eine zentrale Rolle. Auch auf der diesjährigen Konferenz für Sicherheitspolitik im Bayrischen Hof wird Afghanistan und die Beteiligung der Bundeswehr eines der Hauptthemen sein. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die dabei den von der Mehrheit der Bevölkerung gewünschten Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordert. Mit der Mobilisierung gegen die Sicherheitskonferenz 2008 würde DIE LINKE in München und Bayern der auf dem letzten Bundesparteitag, für den Parteiaufbau West zentralen Kampagne "Bundeswehr raus aus Afghanistan" gerecht.

Die Sicherheitskonferenz 2008 fällt außerdem direkt in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes, ein gelungener Auftritt der LINKEN in der Münchner bzw. Bayrischen Öffentlichkeit als Teil der außerparlamentarischen Bewegung verschafft politische Glaubwürdigkeit, bringt die Partei in die Presse und zwingt die anderen Parteien dazu, sich auch lokal gegenüber der LINKEN zu positionieren. Ein prominenter Redner wie Oskar Lafontaine auf der Demonstration hilft zudem, die Mobilisierung gegen die Sicherheitskonferenz nach einigen mobilisierungsschwächeren Jahren wieder zu stärken.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 9

Antragsteller: Kreisverband Augsburg

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Antrag zum Erhalt der Büros der KV's im Landesverband

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bestand der bereits vorhandenen Büros der Kreisverbände in Bayern (soweit bekannt: Würzburg, Nürnberg, München, Ingolstadt, Regensburg und Augsburg) muss auch nachdem 31.12.2007 durch den Landesverband gewährleistet werden.

Begründung:

Da die Linke größer wird und auch größer werden will, ist das Vorhandensein von Büros in größeren Städten unverzichtbar und ist nicht nur im Interesse der jeweiligen KVs sondern des ganzen Landesverbandes. Bayern ist ein Flächenstaat deshalb sind das Landesbüro und die Büros der Abgeordneten nicht ausreichend. Das Büro in Augsburg hat beispielsweise seit seinem Bestehen Aufgaben in ganz Schwaben wahrgenommen. Außerdem stehen 2008 die Kommunal- und Landtagswahlen an, bei deren Durchführung die Büros unverzichtbar.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 10

Antragsteller: Henning Hintze, Lena Hofer, Michael Treitinger - KV München

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

In den letzten Jahren 15 Jahren ist in zunehmendem Maße festzustellen, dass die Presse kaum mehr eine vierte Macht im Staat ist, die die politisch und wirtschaftlich Mächtigen zu kontrollieren imstande ist - wie es die Väter und Mütter des Grundgesetzes einmal im Sinne hatten - sondern immer unverhüllt die Renditeinteressen ihrer Eigentümer bedient. Eine gründliche und verlässliche politische Information bleibt zunehmend auf der Strecke.

Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf, Modelle einer öffentlich-rechtlichen Zeitung zu entwickeln. Er soll außerdem einen öffentlichen Diskurs über die Notwendigkeit einer unabhängigeren Presse initiieren, die ihre in einer demokratischen Gesellschaft notwendige kritische Funktion wahrnehmen kann.

Zu prüfen ist ferner, ob angesichts des außerordentlich starken Einflusses, den die Deutsche Presseagentur (dpa) auf die Medien des ganzen Landes hat, die seit Jahren bei dpa zu beobachtende personelle Ausdünnung und die mit ihr einhergehende qualitative Verschlechterung im Interesse einer demokratischen Entwicklung der Gesellschaft zu verantworten ist. Zu entwickeln wären Modelle, die der Zivilgesellschaft Einfluß in den Aufsichtsgremien der Agentur sichert und dort die Dominanz von Unternehmerinteressen zurückdrängt.

An die Rosa-Luxemburg-Stiftung appellieren wir, die Analyse der Mißstände in der deutschen Presse und den elektronischen Medien - einschließlich der öffentlich-rechtlichen - in ihren Veranstaltungen stärker als bisher zu thematisieren.

Begründung: Mündlich

Als Material wird auf einen Beitrag des Frankfurter Philosophen Jürgen Habermas (im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung vom 16./17. Mai) verwiesen. Darin regt Habermas eine öffentlich-rechtliche Förderung zumindest der „Qualitätspresse“ an, weil durch die Gefährdung journalistischer Standards „die politische Öffentlichkeit im Kern getroffen“ werde. Keine Demokratie könne sich – so Habermas – „ein Marktversagen auf diesem Sektor leisten“.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 11

Antragsteller: Kreisverband Cham

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Anwendung des Schwerbehindertenrechts

Text: Siehe Beiblatt, da das Dokument mit einem Dokumentenschutz versehen wurde, konnte es nicht kopiert und formatiert werden.

Begründung: Erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 12

Antragsteller: Henning Hintze (alle KV München)

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die EU versucht, bis zum Jahresende mit 78 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raumes (den so genannten AKP-Staaten) bis zum Jahresende neue Verträge zu schließen, die dem Freihandel einen starken Schub geben und weitere massive wirtschaftliche Nachteile für diese Staaten bedeuten würden. Mit der Drohung, Entwicklungshilfe zu streichen, werden diese Länder – von denen viele zu den ärmsten der Erde zählen – unter Druck gesetzt, ihre Märkte für europäische Produkte, Investitionen und Dienstleistungen zu öffnen. Der bei den WTO-Verhandlungen gescheiterte Investorenschutz und die stagnierende Öffnung für ausländische Dienstleistungen sollen nun mit Hilfe der EPAs durchgesetzt werden.

Die Auswirkungen der mit diesen Abkommen forcierten Freihandelsagenda der EU wären eine außerordentliche Verschlechterung der Ernährungssouveränität der Menschen in den AKP-Staaten mit neuer Verelendung und einer Verstärkung der Landflucht. Es steht außer Zweifel, dass viele Industriebetriebe und kleinbäuerliche Betriebe im Wettbewerb mit europäischen Konzernen zur Kapitulation gezwungen würden. Damit würde die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder schwerstens gefährdet. Die Millenniumsziele der Halbierung der Armut wären damit Makulatur.

Mit den EPAs würde es den AKP-Staaten auch wesentlich erschwert, selbst Sozial- und Umweltweltauflagen zu erlassen.

Undemokratisch und scheinheilig ist bereits der Verhandlungsprozeß: Die EU finanziert selbst die Berater, welche die AKP-Staaten für die Verhandlungen mit der EU befähigen sollen.

Als erste Forderung sind die AKP-Staaten von dem Zeitdruck zu befreien, unter Androhung empfindlicher wirtschaftlicher Nachteile bis Ende dieses Jahres die von der EU gewünschten Abkommen zu unterzeichnen.

Der Landesparteitag ruft die Parteiführung der LINKEN auf, Maßnahmen zu ergreifen, um der Öffentlichkeit die forcierte neoliberale Umgestaltung der Weltwirtschaft auf den Rücken der ärmsten Länder bewusst zu machen und ihr Widerstand entgegenzusetzen.

An die bayerischen Kreisverbände der LINKEN appelliert der Landesparteitag, in den nächsten Monaten öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, auf denen auf das Unrecht einer gewissenlosen EU-Politik gegenüber Ländern, die ohnehin jahrzehntelang durch europäische Kolonialpolitik ausgebeutet und nachhaltig deformiert wurden, erläutert wird.

Begründung: Erfolgt Mündlich.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 14

Antragsteller: Kreisverband Würzburg

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Für den geschäftsführenden Landesvorstand sollen keine Mitglieder des Bundestages kandidieren.

Begründung:

Der Landesvorstand hat eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen. Parteaufbau und Neuorganisation nach der Verschmelzung, Vorbereitung der Kommunalwahlen und Landtagswahlen..) Dies erfordert sehr viel persönlichen Einsatz, physische Anwesenheit, Zeit und Energie. Die Erfüllung eines der beiden Mandate würde unter der Doppelbelastung leiden.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 15

Antragsteller: Kreisverband Würzburg

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landesfinanzrevision erhält den Auftrag, unter Einbeziehung der Bundesfinanzrevision, die Vorwürfe und Vorgänge im Zusammenhang mit der Spendenpraxis in den letzten Jahren zu untersuchen und aufzuklären. Dem nächsten Landesparteitag werden die Ergebnisse in einem Bericht vorgestellt.

Begründung:

Gerüchte werfen einen Schatten auf die gesamte Partei. Nachdem es dem Landesverband in der Vergangenheit nicht gelang die Angelegenheit vollständig und befriedigend aufzuklären ist die Einbeziehung der Bundesebene notwendig.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt

Antrag A 16

Antragsteller: Holger Grünwedel (KV Würzburg)

Antrag zur Satzung Sonstiger Antrag

Kommunalpolitisches Rahmenwahlprogramm (30 Seiten)

(Kann bei Bedarf zugeschickt/zugemalt werden)

Begründung: erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen Abgelehnt